

Nationaler Sicherheitsrat fordert militärischen Einmarsch in Syrien

## Erdogan setzt auf Krieg

Nach der vor zwei Wochen erfolgten Befreiung der Grenzstadt Tal Abjad, über die die wichtigste Versorgungsroute des IS aus der Türkei verlief, kontrollieren die YPG jetzt ein durchgängiges Gebiet entlang der türkischen Grenze vom Euphrat westlich von Kobani bis zum Tigris an der irakischen Grenze. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärte am Freitag, niemals die Gründung eines Staates im Norden Syriens zu erlauben – ungeachtet dessen, dass die syrischen Kurden gar keine derartige Absicht geäußert hatten, sondern ihre Selbstverwaltungskantone ausdrücklich als Teil Syriens betrachten. »Bei diesem Thema werden wir unseren Kampf um jeden Preis fortsetzen«, erklärte Erdogan, der die YPG beschuldigte, mit der syrischen Regierung zu kooperieren und Turkmenen zu vertreiben. Nach türkischen Medieninformationen hatten Erdogan und der nach der Parlamentswahl vom 7. Juni nur noch kommissarisch regierende Ministerpräsident Ahmet Davutoglu auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates in der vergangenen Woche einen Militäreinmarsch in Syrien gefordert. Auf einer Länge von 90 Kilometern solle eine zehn Kilometer breite Pufferzone als Aufmarschgebiet für die von Ankara unterstützten sogenannten »gemäßigten Rebellen« sowohl gegen die syrische Armee als auch gegen den IS und die kurdischen Milizen geschaffen werden, heißt es in der Tageszeitung Hürriyet Daily News unter Berufung auf anonyme Quellen im Staat. 12.000 Soldaten seien in Bereitschaft versetzt worden. Der Einmarsch solle über die unter Kontrolle des IS stehende Grenzstadt Jarablus verlaufen. Ziel sei es, die YPG davon abzuhalten, die Kontrolle über das ganze türkische Grenzgebiet zu erlangen. Gegenwind gegen die Einmarschpläne kommt vom Generalstabschef Necdet Özel. Dieser wies auf unkalkulierbare Risiken bezüglich der Reaktionen der syrischen Regierung, der mit ihr verbündeten Staaten Russland und Iran, aber auch der USA sowie auf ein drohendes Ende des Waffenstillstandes mit der PKK-Guerilla in der Türkei im Falle von Gefechten der türkischen Armee mit den YPG hin. So heißt es nach Informationen der rechtsnationalistischen Ta-

geszeitung Yenicag, die Armeeführung verlange einen schriftlichen Befehl des Ministerpräsidenten, wofür aber die vorherige Bildung einer Regierungskoalition die Voraussetzung sei. Angesichts des traditionell starken Einflusses der USA auf die türkische Armee dürfte Özel, dessen Amtszeit im August endet, hier auf Druck Washingtons auf Zeit spielen, um sein Land nicht tiefer in das syrische Chaos zu verwickeln. Dagegen scheint Erdogan gerade auf innen- und außenpolitische Spannungen zu setzen, um sich dann als starker Mann und seine AK-Partei im Falle vorgezogener Neuwahlen als Garant für Ordnung zu präsentieren.

### **PYD: Die Türkei muss von ihren Drohungen abrücken**

Der Kovorsitz der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) hat angesichts der Interventionsdrohungen des türkischen Staates in Rojava und Syrien eine schriftliche Erklärung an die internationale Öffentlichkeit veröffentlicht. Im Folgenden auszugsweise die Erklärung:  
»Nach den Drohungen von Vertretern der türkischen Regierung hat sich die türkische Armee in der Nähe der syrischen Grenze stationiert. Zu diesen Punkten wollen wir unsere Gesellschaft und die internationale Öffentlichkeit informieren.

1. Als politischer Teil der demokratisch-autonomen Verwaltung verhalten wir uns immer dem internationalen Recht entsprechend. Wir nähern uns an die zwischenstaatliche Grenzen und die Nachbarn mit Respekt und den internationalen Vereinbarungen entsprechend.
2. Wir haben nicht die Absicht einen unabhängigen Staat zu gründen. Die Behauptungen des Staatspräsidenten der Türkei haben weder Hand noch Fuß. Mit der Entwicklung der demokratisch-autonomen Verwaltung versuchen wir im syrischen Chaos mit an einer Lösung zu arbeiten.
- Die demokratisch-autonome Verwaltung ist ein System, welches alle Nationen, Konfessionen und Glaubensrichtungen trägt. Die angesprochene Thematik ist zudem eine interne Angelegenheit, eine Angelegenheit der Völker Syriens. Die Nachbarstaaten verfügen nicht über das Recht zu intervenieren.

3. Im Namen der PYD und allen Mitglieder der demokratisch-autonomen Verwaltung wollen wir nochmals betonen: Wir verfügen nicht über Absichten die innere Ordnung unsere Nachbarn zu zerstören oder zu untergraben. Wir hoffen, dass eine Intervention in Syrien nicht mit der UN-Konvention zu vereinbaren ist und keine Herangehensweise verfolgt werden wird, die an den nachbarschaftlichen Werten rüttelt.

4. Den internationalen Vereinbarungen zufolge kämpfen wir gegen den Terrorismus. Wir verhalten uns dem internationalen Recht entsprechend. Einige unserer Kriegspartner sind gleichzeitig auch die Partner der Türkei. Aus diesem Grund wird ein Angriff auf die YPG-Kräfte und deren Partner in Rojava den terroristischen Gruppen in die Hände spielen.

5. Eine militärische Intervention in Rojava wird sowohl für die Region als auch für die Beziehungen zwischen den Staaten große Auswirkungen haben. Zudem wird es den politischen Zustand von Syrien und dem Mittleren Osten in ein noch größeres Chaos stürzen. Die internationale Sicherheit würde gefährdet werden.

Wir erhoffen von den [westlichen] Staaten, insbesondere von Amerika und Frankreich, die mit der Türkei Teil der NATO sind, dass sie einer wahrscheinlichen Intervention der Türkei in einen bestimmten Teil von Rojava und Syrien keine Erlaubnis geben werden.

6. Die Kräfte der YPG und deren Verbündete haben die Region Rojava vor dem diktatorischen Regime und den bandenhaften Gruppen verteidigt. Sie haben viele Opfer für die Verteidigung von Rojava gegeben. Gegenwärtig sind wir auf jegliche Angriffe vorbereitet, egal aus welcher Richtung sie auch kommen sollten.

Wir wollen ein System, welches in einem demokratischen Rahmen die Einheit Syriens und alle Rechte und Vorkommen schützt. Wir wollen auf der Grundlage von guten Beziehungen zu den Nachbarländern in Kontakt zu den Gesellschaften treten. Wir sind ein Teil der Koalition gegen den Terror. Auf dieser Grundlage rufen wir die türkischen Vertreter dazu auf von ihrer provokativen Politik abzurücken.“ (jW, 29.6., ANHA/CA, 1.7., ISKU)

### Meldungen:

#### **Roboski: Einwohner von Soldaten angegriffen**

Nach dem am Dienstag, dem 29. Juni, die BewohnerInnen des Dorfes Roboski an der Grenze gegen die steigenden militärischen Entwicklungen protestierten, wurden sie auf dem Rückweg wieder einmal von türkischen Soldaten angegriffen. Die Soldaten gingen um das Dorf herum und schossen wahllos, wodurch Häuser und Autos beschädigt und 5 Maultiere getötet und 3 weitere verletzt wurden. Dieser Angriff muss als Antwort auf den Protest der Menschen gesehen werden. Durch den Beschuss mit scharfer Munition und Tränengas wurde eine Person verletzt sowie vier Minderjährige im Alter von 13 und 14 in Haft genommen. Sie sollen dem Gericht vorgeführt werden. Ein Augenzeuge berichtete, dass die Soldaten laut gelacht haben sollen als sie um sich schossen. (ANF, 30.6., ISKU)

#### **Türkische Soldaten eröffnen das Feuer auf Dorf in Efrin**

Türkische Soldaten haben das Feuer auf die Bewohner des Dorfes Çeqela Jêrin im an die Türkei angrenzenden Kanton Efrin eröffnet. Die EinwohnerInnen erklärten, dass die türkischen Soldaten mit dem Beschuss begannen, nachdem sie ihre Waffen unter dem Vorwand, „trainieren“ zu müssen, auf die DorfbewohnerInnen richteten. Zudem äußerten sie Bedenken in Bezug auf ihre Sicherheit. Laut der Aussagen der DorfbewohnerInnen wurde das Feuer der türkischen Soldaten nicht nur von einem Ort aus eröffnet, sondern kam aus verschiedenen Richtungen. Der Zweck des Angriffs sei wohl das Schüren von Angst bei den Menschen in der Region, erklärten sie. (ANF, 30.6., ISKU)

#### **YPG/YPJ: Erfolgreiche Operation in Heskê**

Die seit Tagen andauernden Kämpfe in Heskê gehen weiter. Einheiten der YPG/YPJ starteten in der Nacht zum 30. Juni im Stadtteil Ezziyê und in Dörfern östlich des Ortes eine Operation und konnten den IS aus diesen Gebieten erfolgreich vertreiben und die Gegend befreien. Weiterhin führten Kräfte der YPG/YPJ aus den Kantonen Kobanê und Cizîre ihre Operationen im Rahmen der Initiative „Kommandeur Rubar Qamişlo“ auf der Straße von Girê Spî (Tall Abyad) nach Raqqa durch.

# HPG: Die türkische Armee hat den Waffenstillstand einseitig beendet

Das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG), dem bewaffnetem Arm der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), hat zu den gestrigen Bombardements auf die von der Guerilla kontrollierten Meder-Verteidigungsgebiete durch die türkische Luftwaffe eine schriftliche Erklärung abgegeben.

In der Erklärung wird betont, dass man sich dem Geist des vom PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan begonnen demokratischen Lösungsprozesses seit 2013 entsprechend, angemessen verhalten hat. Außerhalb von Warnaktionen gegen die Angriffe der türkischen Armee hätte es keinerlei Guerillaaktivitäten gegeben. Doch in dieser Zeit habe die türkische Armee neue Militärposten und Straßen und Staudämme zu militärischem Zweck aufgebaut. Insbesondere Truppen in den Grenzregionen sollen stark verstärkt worden sein. Im Jahr 2014 und besonders in den Frühlingsmonaten dieses Jahres sei eine Steigung von Angriffen gegen die Guerilla zu verzeichnen.

## Umfassende Bombardierungen von Guerillagebieten

Die HPG erklärte, dass seit Anfang 2013 das erste Mal wieder Kriegsflugzeuge der türkischen Armee die von der Guerilla kontrollierten Gebiete bombardiert habe:

“Gestern Morgen zwischen 09.10 und 13.00 Uhr haben eine Vielzahl von Kriegsflugzeugen der Türkischen Republik die Gebiete Şehit Rahime, Şehit Bager, Şehit Erdal, Şehit Gafur, Şehit Afad und Şaxê Nêriya aus der Region Avaşin in den Meder-Verteidigungsgebieten bombardiert. Infolge des Beschusses mit schwerer Artillerie wie Panzer, Mörser und Haubitzen aus der Militärstation Oramar (Dağlica) auf die besagte Region ist in den Gebieten Şehit Gafur Tepesi und Şaxê Nêriya um 06.00 Uhr morgens ein Brand ausgebrochen, welcher noch weiter anhält. Bislang haben unsere Kräfte aufgrund der Angriffe keine Verluste zu verzeichnen.”

In der Erklärung wurde noch folgendes betont: “Es ist offensicht-

lich, dass in der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats, welches sich besonders um Syrien gedreht haben soll, eine der wichtigsten Punkte der Angriffsplan auf die Meder-Verteidigungsgebiete war.

In der Erklärung heißt es weiter: “Mit diesem Angriff ist offen zu Tage getreten, dass die Kriegsflugzeuge, die nach dem Treffen des Nationalen Sicherheitsrats der Presse präsentiert und angeblich als Vorsichtsmaßnahme gegen die IS-Mitglieder in Cerablus vorbereitet wurden, eigentlich die Freiheitsguerilla Kurdistans zum Ziel haben. Die türkische Armee, die die Waffenstillstandsbedingungen bisher fortwährend verletzte, hat mit diesem letzten Bombardement den Waffenstillstand einseitig beendet. Es ist offensichtlich, dass dieser Angriff gegen unsere Kräfte, die keinerlei militärische Aktivitäten führen, ein Ergebnis der Mentalität ist, die keine Lösung der kurdischen Frage auf demokratischem Wege will.” (CA,30.6., ISKU)

Gespräch mit Rainer Ahues, Anwalt von Mehmet D.

## »Ob Widerstand legitim ist, will das Gericht nicht erörtern«

Seit dem 20. Mai 2015 steht der kurdische Politiker Mehmet D. wegen einer Anklage nach Paragraph 129b Strafgesetzbuch (StGB) vor dem Oberlandesgericht (OLG) Hamburg. Ihm wird vorgeworfen, ein Gebietsverantwortlicher der in der BRD verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK gewesen zu sein. Wie schätzen Sie dieses Verfahren ein?

Es geht in diesem Prozess um die Fortschreibung der seit etwa 25 Jahren bestehenden Einschätzung der PKK durch die Bundesanwaltschaft. Sie galt zunächst als kriminelle (Paragraph 129), dann als terroristische (129a) Vereinigung, und nun gilt sie schließlich als terroristische Vereinigung im Ausland (129b).

Mehmet D. und Sie haben Erklärungen abgegeben, in denen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und die Situation in der von Kurden bewohnten Selbstverwaltungsregion Rojava im Norden Syriens Thema waren. Wie haben Sie argumentiert?

Wir wollten zum einen deutlich machen, dass die Türkei ein Staat ist, der auf keinen Fall von Gesetzen der Bundesrepublik »in Schutz« genommen werden darf. Zum anderen haben wir versucht, mit Erklärungen und Anträgen die Theorie und Praxis des vom inhaftierten Kurdenführer Abdullah Öcalan entwickelten Kon-

zepts des »demokratischen Konföderalismus« aufzuzeigen.

Prozessbeobachter kritisieren, die Hamburger Richter seien befangen, sie hätten den Eindruck, der Prozess solle möglichst schnell abgeschlossen werden. Unter anderem wurden die meisten Anträge der Verteidigung abgelehnt ...

In diesem Prozess spielt das »Selbstesverfahren« eine unheilvolle Rolle. Sämtliche Urkunden über politische Aussagen der PKK, Berichte über Kongresse usw., sämtliche Übersetzungen von aufgezeichneten Telefongesprächen, die sich in den Ermittlungsakten befinden, wurden in fünf Aktenordner gepackt und den Beteiligten übergeben. Das alles müssen sie bis zu einem bestimmten Termin durchgelesen haben. Diese Texte werden dann Gegenstand der Beweisaufnahme, das Gericht kann darauf sein Urteil stützen.

Ist es richtig, dass Anträge abgelehnt wurden, die Situation in Kurdistan sowie die Politik der PKK neu zu bewerten?

Das Gericht hatte darauf hingewiesen, die Situation in der Türkei sei ihm schon aus dem Verfahren gegen den kurdischen Politiker Ali İhsan Kitay bekannt, es wurden auch Abschnitte des betreffenden Urteils verlesen. Anschließend stellten wir Anträ-

ge, die das Gericht abwies. Immerhin hat es aber festgehalten, dass es zu den gerichtsbekannten Tatsachen gehört, dass kurdische Parteien und türkische Gewerkschaften immer wieder der Verfolgung ausgesetzt waren. Auch dass der türkische Staat bei kurdischen Demonstrationen mit massiver Gewalt bis hin zur Tötung von Demonstranten vorgegangen ist; dass Menschen festgenommen wurden und verschwanden. Außerdem habe es extralegale Hinrichtungen und Folter gegeben.

Offenbar sieht das Gericht die Türkei nicht als funktionierenden Rechtsstaat an. Es hat es auch als erwiesen bestätigt, dass die Türkei die Terrortruppe »Islamischer Staat« mit Waffen beliefert.

Wäre es dann nicht konsequent, Mehmet D. und weitere gemäß Paragraph 129b inhaftierte Kurden sofort aus der Haft zu entlassen?

Das sieht das Gericht anders: Den Richtern geht es allein um die Bewertung von Anschlägen, die die PKK auf staatliche Einrichtungen mit »den Mitteln von Mord und Totschlag« unternommen haben soll. Ob Widerstand gegen systematisches Unrecht in der Türkei oder gegen den »Islamischen Staat« legitim sein könnte und letztlich auch Leben rettet, will das Gericht gar nicht erst erörtern. (jW, 2.7., ISKU)

YPG Medien berichteten auch von dem Versuch eines Anschlags auf das Büro für Öffentlichkeitsarbeit der YPG in Serê Kaniyê am 28. Juni. Ein Kämpfer der IS plante, sich mit einem mit Sprengstoff beladenen Motorrad in die Luft zu sprengen. Er floh jedoch, als KämpferInnen der YPG/YPJ ihn erkannten. Bei der Verfolgung wurde ein weiteres Motorrad mit einer Sprengladung gefunden.

(ANF, 30.6., ISKU)

## Frauenkrankenhaus im Meder-Verteidigungsgebiet eröffnet

Im Meder-Verteidigungsgebiet wurde ein Frauenkrankenhaus eröffnet. Dieses erste Frauenkrankenhaus wurde nach Amara benannt, die 2012 in Xakurke ihr Leben verlor. Das Krankenhaus wird sich sowohl um die Gesundheitsprobleme der Guerilleras als auch um die Einwohnerinnen der Region kümmern. Die Eröffnung begann mit einer Schweigeminute und wurde mit Veranstaltungen, die von Guerilleras der Kurdischen Freiheitsbewegung organisiert wurden, fortgesetzt. (ANF, 1.7., ISKU)

## Reese Harding: Internationalist in Rojava durch Mine getötet

Das Pressebüro der YPG hat eine Erklärung veröffentlicht, wonach am 27. Juni 2015 der australische YPG-Kämpfer Reese Harding sein Leben verloren hat. In der Erklärung heißt es, Reese wollte nach Beendigung seiner Ausbildung am Widerstandskampf gegen den IS in Rojava teilnehmen, woraufhin er an der 2. Phase der am 6. Mai begonnenen Operation »Kommandant Rubar Qamişlo« teilgenommen habe. Im Rahmen dieser Operation hat er an der Befreiung zahlreicher Dörfer und Gebiete mitgewirkt. Reese ist am 27. Juni im Dorf Mişêra im Dreieck zwischen Rakka, Girê Sipî und Kobanê durch eine Mine gefallen.

(ANF, 1.7., ISKU)

## Quellen:

CA	Civaka Azad
ANF	Firat Nachrichtenagentur
ANHA	Hawar Nachrichtenagentur
jW	junge Welt

## N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org